

# Dresdner Volkszeitung

Postkassent: Dresden.  
Raden & Comp., Nr. 1268.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:  
Gebr. Arnold, Dresden  
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altfeld

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten in der 50. Woche vom 8. Dezember bis 14. Dezember 1 Million M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Millionen M., Einzelnummer 200 Millionen M.  
Telegraphisch: Dresden Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Gelbmarkt berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 30 mm breite Kellamezeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 288

Dresden, Mittwoch den 12. Dezember 1923

34. Jahrg.

### Bayerische Bilanz

Von unserm Münchner Mitarbeiter

Welt über die weißblauen Grenzpfähle hinaus war der Glaube verbreitet, als wäre das bürgerlich-bayerische Bayern zu der Mission berufen, die Gefundung und den Wiederaufbau Deutschlands herbeizuführen. Wer gegen diese Auffassung Bedenken geltend machte, wurde als „marxistisch“ verächtlich Vaterlandsverräter beschrien und wo, wie in Bayern, die Gelegenheit dafür günstig war, unter ein Ausnahmegericht gestellt und mundtot gemacht. Aber nach jener Nacht im „Karwendelkeller“ — so hat der Münchner Volkswitz nach der Wablung Kahrs den Bürgerbräukeller getauft —, in der das „antimarxistische“ Programm des bayerischen Generalstaatskommissars als aller staatspolitischen Weisheit letzter Schluss hätte verkündet werden sollen, gab es ein „ämmerliches Erwachen“. Mit einem Schlage war „der Glaube an Bayerns Mission für Deutschlands Zukunft verloren; das Vertrauen, daß von Bayern der große Gefundungsprozeß im deutschen Volk und das nationale Erwachen ausgehen würde, ist verschwunden. Im Ausland und in Deutschland glaubt zur Zeit kein Politiker mehr an diese Hoffnung.“

Wenn solche Worte erst vor wenigen Tagen eine der Regierung Anklage sehr nahestehende und mit einem verantwortungsvollen Amt für sie betraute Persönlichkeit schreiben konnte (in Nr. 49 der Allg. Rundschau, der führenden katholischen Wochenzeitschrift Süddeutschlands), um wiederholt mehr haben wir Sozialdemokraten ein Recht und die politische Pflicht, solches auszusprechen! Seit Jahr und Tag hat die sozialdemokratische Presse in Bayern, haben vor allem unsere Abgeordneten im Landtag immer und immer wieder auf die unsicheren Zustände in Bayern hingewiesen, auf die fortgesetzten und sich steigenden Anmaßungen der Staatsgewalt durch die sogenannten bayerländischen Kampforganisationen, auf das Aufspinnen und Weiterziehen der nationalsozialistischen Bewegung durch die bayerische Regierung, bis sie schließlich unter flammenem Protest die Auflösung aller Stützpunkte der schwerbewaffneten Kampfverbände forderten. Aber die sozialistischen Warner wurden nicht nur ausgelacht und verhöhnt, sie wurden auch aufs gröslichste beschimpft und als Rente aehrenmarkt, die ihre Heimat vor Gott und der Welt abspitzeln und wider besseres Wissen schlecht machen wollen. Darüber hinaus wurde Ausnahmezustand über Ausnahmezustand verhängt, immer herborgerufen durch rechtsradikale Drohungen, immer aber und fast ausschließlich angeordnet gegen links!

Dieser Kurs allein, die ganze Führung der Politik unter der Ministerpräsidentenschaft Knilling's ist die direkte Ursache, daß alles so gekommen ist und ganz Deutschland von Bayern an den Rand des Abgrundes gestossen wurde. Entweder selbst heraufstich des hohen Vaterlandsbühnen, oder zu feige, um Kahrs und die Vaterländischen Verbände niederzubalten, oder gar befangen in einem Kleinbürgerlichen Gemisch von beiden und einer floriden Dosis persönlicher Ehrgeizes, trägt Knilling als der leitende Staatsmann Bayerns die direkte Verantwortung gegenüber seiner engeren Heimat und seinem großen deutschen Vaterlande. Leidenschaft, Mutlosigkeit und Ehrgeiz sind andererseits auch die Triebfedern zu dem Mut, den Knilling stets gegen das Reich aufgebracht hat, bis er seinen Föderalismus krönte mit der letzten Verfassungsverletzung, der Antireichnahme der Reichswehr. Diese ganze Politik im Innern und gegen das Reich hat jene unglückliche Forderung des Staatsgedankens nicht nur in Bayern herbeigeführt, die die letzte Ursache der Münchner Ereignisse vom 8. und 9. November ist.

Nun, da mit dem Hitlerputsch die ganze bayerische Politik Knilling's zusammengebrochen ist — eine Tatsache, der man theoretisch selbst in der Bayerischen Volkspartei volles Verständnis entgegenbringt —, gibt es plötzlich niemand, der staatspolitisch die Verantwortung auf sich nimmt. Unter dem ersten Eindruck des zusammengebrochenen Gebäudes bestand nirgends ein Zweifel, daß die Konsequenzen gezogen werden müssen, und selbst Knilling war aufrichtig amüsiert. Schon hörte man die Parole: eine neue Politik mit neuen Männern... Aber siehe, da zerfiel die ehrliche Wille an der inneren Mütlosigkeit der Bayerischen Volkspartei, die sich wohl bewußt war, daß ein grundsätzlicher Neuaufbau der bayerischen Politik eine offene Niederlage ihrer eigenen und ein außerordentlicher Erfolg der sozialdemokratischen Politik bedeuten würde. Aus einer beratigen Erkenntnis hätten sich in einem Band mit einer wirklich parlamentarischen Demokratie die Folgen zwangsläufig ergeben; aber daran würde sich die Volkspartei nicht stoßen haben. Sie hätte ihre Wähler ohne weitere Bedenken neu anerkannt, wenn nicht die Wahlen vor der Tür stünden. Schließlich geht man doch auch in Bayern nur sehr ungern mit dem offenen Eingeständnis einer zusammengebrochenen Regierungspolitik, deren Trägerin man war, in den Wahlkampf.

Was die Tatsache, daß das Sondottler-Spiel der ehrgeizigen Führer in den Vaterländischen Verbänden noch nicht zu Ende ist. Unter diesen Erwägungen, die sich auch mit einer möglichst schmerzlosen Liquidierung der ganzen Hitlererei beschließen, entschloß man sich zur Politik des Fortwärtens. Knilling bleibt also und mit ihm Schwegler, Watt und Kahrs, zwischen denen überall tiefliegende Risse zu verzeichnen waren. Mit dem Oberhaupt und leitenden Staatsmann bleibt aber auch der bisherige Kurs in Bayern und Anklage ist offenbar gestellt, seine Meinung nach mehr als früher durchzubringen. Denn in seiner zweiten Rede, also bereits nach Beilegung der Krise, sagte er:

### Bismarcks Epigonen

Gemeinbewahlen und Wehrkreiskommando

Uns gehen folgende Verfügungen des Generals Müller zu: Durch die Beratungen des Chefs der Wehrleitung vom 20. November 1923 — die ich am 23. November 1923 bekanntgegeben habe — und durch meine Verordnung vom 11. Dezember sind die Organisationen und Einrichtungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei der Kommunistischen Arbeiterpartei der Allgemeinen Arbeiter-Union (einschließlich Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands) der Syndikalistischen Arbeiterföderation des Bundes Internationaler Kriegsoffizier verboten.

Mit Rücksicht hierauf ist auch die Aufstellung von Wahlvereinigungen dieser Parteien für die städtischen Gemeinbewahlen untersagt. Bereits eingereichte Wahlvereinigungen sind für die Wahlorgane unbeschädigt. Sie sind anzuzugeben. Neue dürfen nicht eingereicht werden.

Dresden, 12. Dezember 1923.  
Der Militärbefehlshaber, Müller, Generalleutnant.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. November 1923 und des Reichswehrministers vom 27. September 1923, wonach die vollziehende Gewalt übertragen ist, verordne ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

Auf der den in den Beratungen des Chefs der Wehrleitung vom 20. November 1923 bereits betroffenen Parteien verbiete ich die Organisationen und Einrichtungen der folgenden Verbände:

- a) der Allgemeinen Arbeiter-Union (einschließlich Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands);
- b) der Syndikalistischen Arbeiterföderation;
- c) des Bundes internationaler Kriegsoffizier.

Die Bestimmungen der Verordnungen des Chefs der Wehrleitung vom 20. November 1923, die von mir am 23. November bekanntgegeben worden sind, finden entsprechende Anwendung.

Dresden, den 11. Dezember 1923.  
Der Militärbefehlshaber Müller, Generalleutnant.

Durch die neuesten Erlasse General Müllers werden nicht nur eine Anzahl Organisationen verboten, die bisher

nicht verboten waren, sondern es sollen auch die Anhänger der verbotenen Parteien daran gehindert werden, Männer ihres Vertrauens in die Gemeindeparsamente zu wählen. Zur Zeit des Sozialistengesetzes war zwar die Sozialdemokratische Partei verboten, aber an der Teilnahme an den Wahlen waren unsere Parteigenossen nicht gehindert. General Müller hat also den Schöpfer des Sozialistengesetzes, Bismarck, übertroffen. Den Parteien, denen Herr Müller das Wahlrecht rauben will, gehört ein sehr erheblicher Teil der Bevölkerung an, der hier in ungeheurer Weise vergebeltigt wird.

Was will Herr Müller übrigens tun, wenn die Listen der verbotenen Parteien ohne Parteibezeichnung eingereicht werden? Glaubt er das Recht zu haben, den Angehörigen verbotener Parteien einfach die Wählbarkeit abzusprechen zu können? Dann könnte ja schließlich ein General mit Hilfe des Belagerungsstandes ein Parlament ganz nach seinem Geschmack zusammenzusetzen, indem er nur die Wahl solcher Leute erlaubt, die in seinen Augen Gnade finden. Der neueste Gewaltstreich der Reichswehr ist ein Eingriff in die elementarsten staatsbürgerlichen Rechte, wie er selbst im allen reaktionären Deutschland nie vorgekommen ist.

Die alte Erfahrung wird bestätigt, daß Militär stets Unheil anrichtet, wenn es in Politik macht, eine Erfahrung, die während des Weltkrieges ja das deutsche Volk so reichlich zu büßen bekommen hat. Wissen die Leute vom Wehrkreiskommando gar nichts davon, daß in der Regel Bergewaltigungen und Ungerechtigkeiten den Unterdrückten stärken, daß man mit derartigen Gewaltstreichen das Gegenteil von dem erreicht, was man erreichen will? Oder besteht etwa beim Wehrkreiskommando die Absicht, mit dem Verbot den bürgerlichen Parteien unter die Arme zu greifen? Weicht man damit, daß infolge Ausfallens kommunistischer Stimmen überall der Einfluß der Arbeiterkraft in den Gemeindeparsamenten gemindert werden wird? Der neueste Gewaltstreich des Wehrkreiskommandos muß die hellste Empörung aller erregen, die sich nur einen funken demokratischen Sinnes bewahrt haben! Weg mit dieser Militärwirtschaft! Es ist die höchste Zeit!

Der Ministerpräsident kann seiner verantwortungsvollen Rede nur gerecht werden, wenn und solange er in der Lage ist, in entscheidenden Fragen seinen Willen zur Geltung zu bringen; andernfalls wäre er verpflichtet, die einzig mögliche Folgerung zu ziehen und sein Amt niederzulegen.

Die bayerische Regierung sammelt also weiterhin wie bisher die „bayerländischen“ Kräfte hinter der Staatsgewalt, schließt neue Kompromisse mit den Verbänden, regiert mit ihnen und durch sie. Was ist da natürlicher, als daß sich die „bayerländischen“ Kräfte nach ihrer ersten Schlappe im „Karwendelkeller“ von neuem sammeln und bei der nächsten Gelegenheit wieder eine „nationale Reichsregierung“ proklamieren? Und da auch der Diktator Kahrs auf noch unabherrschbare Zeit hinaus für Ruhe und Ordnung im Lande zu sorgen hat, so ist klar zu erkennen, daß in Bayern alles beim alten bleibt und der Staatsstreich vom 8. November außer einigen Helden auf der Weste hochgestellter Personen und dem Verlust des selbstverliebten Titels „Ordnungsstaat“ keine nachhaltigen Wirkungen und Lehren zeitigen wird. Nach wie vor kommandiert der „Feldwebel“ Kahrs: rechts schwenken marsch, und wieder „wächst ein Staat im Saate heran, der unbedingte und naturgemäß regierungs- und parteifeindlich und dadurch revolutionär werden wird“... So zu lesen in der Allg. Rundschau vom 6. Dezember.

### Um den Achtstundentag!

Wochm., 11. Dezember. (Eig. Draht.)

Da alle Bemühungen der Gewerkschaftsorganisationen in der Metallindustrie, mit den Unternehmern zu einer vernünftigen Regelung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kommen, an der Haltung der Großindustriellen gescheitert sind, haben die Gewerkschaften eine Gegenaktion eingeleitet. In einem am Dienstag zur Verteilung gelangten Flugblatt fordern die Gewerkschaftsleitungen die Arbeiter auf, sich an ihre Arbeitsplätze zu begeben und abzuwarten, ob ihnen Arbeit zugeteilt wird oder nicht. Wird ihnen Arbeit zugewiesen, so haben sie dieselbe gewissenhaft und sorgfältig auszuführen. Wird ihnen keine Arbeit zugewiesen, so bleiben sie trotzdem an ihrem Arbeitsplatz. Arbeitende sind nicht zu stören, Nichtarbeitende haben nur Anspruch auf die Erwerbslosenunterstützung. Alle Arbeiter, die sich arbeiten oder nicht, verlassen nach 8 Stunden den Betrieb; niemand darf länger als 8 Stunden arbeiten.

Dieser Vorgang wiederholt sich täglich, bis auf die eine oder andre Weise eine Verständigung mit den Unternehmern erzielt ist. Die Arbeiter werden von den Gewerkschaften ermahnt, strengste Disziplin zu halten, sich in den Werken korrekt zu benehmen, Sabotageakte oder Diebstähle, die den Arbeitern angehängt werden können, zu verhindern und sich nicht von Brodspekulanten aufregen zu lassen. Soweit bekannt, will sich die Besatzungsbehörde in diese neue Art gewerkschaftlichen Kampfes nicht einmischen; von der deutschen

Polizei erwartet man das gleiche. Die Arbeiter wissen, um was es geht. Der Ausgang des Kampfes ist entscheidend für die gesamte deutsche Arbeiterkraft. Geht im besetzten Gebiet der Achtstundentag verloren, dann ist er für ganz Deutschland verloren; dann ist auch jegliches Mitbestimmungsrecht über die sonstigen Arbeitsbedingungen und über die Lohnfrage erledigt.

Die gewerkschaftlichen Organisationen haben wiederholt und bis in die letzten Tage hinein betont, daß sie keineswegs die wirtschaftlichen Notwendigkeiten verfehlen. Sie sind im Interesse einer baldigen Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens bereit, unter Beibehaltung des gesetzlichen Achtstundentages und unter Bezahlung von Überstundenzuschlägen eine längere Arbeitszeit mit den Unternehmern zu vereinbaren.

Die Unternehmer haben sich am Dienstag endlich bereit erklärt, am Donnerstag vor dem Reichskommissar zu Eingangsverhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaften zu erscheinen.

### Keine Preisgabe des besetzten Gebietes

Die Reichsregierung trat am Dienstag abend zu einer Sitzung zusammen, in der wichtige Maßnahmen für das besetzte Gebiet beschlossen wurden. Die Rentenmark soll wegen der Gefahr der Beschlagnahme und weil ihre Fundierung im besetzten Gebiet bis jetzt nicht erfolgt ist, im besetzten Gebiet amtlich nicht eingeführt werden, doch besetzen gehen die Verwendung der Rentenmark im Postverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet keine Bedenken. Die Schaffung von wertbeständigen Notgeld soll unverzüglich durchgeführt werden. Gegen die Errichtung einer rheinischen Goldnotenbank bestehen im Kabinett erhebliche Bedenken. Um den Gemeinden die nötigen Einnahmen zu sichern, sollen die Reichsteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie zwei Drittel an der Umsatzsteuer den Gemeinden, in deren Bezirk sie auskommen, als Zuschuß überlassen bleiben. Den Gemeinden wird ein Zuschlagssatz zur Umsatzsteuer eingeräumt.

Entsprechend den Wünschen des besetzten Gebietes und aller politischen Parteien soll das besetzte Gebiet auch weiterhin bei der Erwerbslosenfürsorge nach den gleichen Grundsätzen wie das übrige Deutschland behandelt werden.

Die Kurzarbeiterfürsorge muß nötigenfalls abgebaut werden.

Die Reichsregierung steht in voller Übereinstimmung mit dem preussischen Staatsministerium auf dem Standpunkte, daß staatsrechtliche Veränderungen des besetzten Gebietes nur auf verfassungsmäßigem Wege vollzogen werden können. Sie lehnt daher nachdrücklich jede Ermächtigung zu Schritten ab, die außerhalb des in der Reichsverfassung vorgesehenen Weges staatsrechtliche Veränderungen des besetzten Gebietes vollziehen oder vorbereiten würden.

Die Reichsregierung erstrebt zur Verringerung der ganz unerträglich gewordenen Besatzungslasten, zur Wiederbelebung der Wirtschaft